

nach nicht bekannt gemacht worden, und so lässt sich heute noch kein bestimmtes Urteil über den Wert derselben bilden. Man weiß nur, daß die Kosten der Versicherung etwa 50 Pence pro Woche und Arbeiter ausmachen und zum Teile von den Arbeitgebern, zum Teile von den Arbeitern selbst und zum Teile vom Staate getragen werden sollen. Die Versicherungspflicht soll sich vorläufig nur auf drei Gewerbegebiete, nämlich das Bau-, Schiffbau- und Maschinenbau-Gewerbe, erstrecken, d. h. insgesamt auf 2 1/4 Millionen Arbeiter. Weder die Höhe der Arbeiterbeiträge, noch auch die Höhe der zu gewährenden Arbeitslosenunterstützung oder die Zeitdauer derselben sind bisher festgelegt. Es wurde jedoch angekündigt, daß das System nach und nach auf alle organisierten und unorganisierten Arbeiter ausgedehnt werden soll. Die allgemeinen Grundzüge dieser Reform bedeuten natürlich einen großen Fortschritt gegenüber dem gegenwärtigen Zustand, und sie sind deshalb auch von den Arbeitern der Arbeiterpartei und hohem Begrüßung worden. Aber beinahe alles hängt bei dieser Reform von den einzelnen Bestimmungen ab, welche, wie gesagt, bisher noch in tiefstem Dunkel gehüllt sind. Es wird in erster Linie notwendig sein, dafür zu sorgen, daß die Arbeitslosenversicherung nicht die Wirkung haben soll, die Gewerkschaften der Arbeiter weniger notwendig erscheinen zu lassen. Ein großer Fehler ist es, daß die drei Gewerbe, mit denen der Anfang gemacht werden soll, gerade solche sind, in welchen praktisch gar keine Frauen beschäftigt sind, so daß die Arbeiterinnen in ihrer Gesamtheit bis auf weiteres von der Reform ausgeschlossen bleiben. Auch dagegen sind von Seiten der Arbeiterpartei Bedenken geäußert worden, daß die Reform nicht nach allgemeinen Gesichtspunkten für alle Arbeiter einheitlich, sondern bei den verschiedenen Gewerben in verschiedener Weise ausgearbeitet werden soll. Die ganze Reform ist, soweit sie eben reicht, eine Ergründung, für welche die Arbeiterorganisationen jahrelang gekämpft haben, und sie werden beim Studium ihrer Ausarbeitung erst recht alle Hände voll zu tun haben, um sie für die Arbeiter wertvoll machen zu können.

Deutsches Reich.

Die christlichen Gewerkschaften gegen die Vergesetztenovelle.
Wie wenig die dem preussischen Abgeordnetenhaus vorgelegene Vergesetztenovelle, selbst nach den Abänderungen in der Kommission, den Vergarbeitern beliebt, geht aus daraus hervor, daß selbst die christlichen Gewerkschaften in scharfer Weise gegen die Novelle kämpfen. Das Organ der christlichen Vergarbeiter, der „Vergesetzten“, erhebt die Forderung: Her mit einem Reichsberggesetz! Diese Forderung soll durch eine Reihe öffentlicher Vergarbeiterversammlungen, die im ganzen Ruhrrevier veranstaltet werden sollen, unterstützt werden. Folgende Resolution wird zur Annahme empfohlen:

„Die heute stattgefundenen öffentliche, vom Gewerkschaftsrat christlicher Vergarbeiter einberufene Vergarbeiterversammlung erwartet, daß die arbeiterfreundlichen Mitglieder im Abgeordnetenhaus gegen die aus der zweiten Lesung hervorgegangene Vergesetztenovelle stimmen. Die jetzige Vorlage ist nicht geeignet, den nötigen Schutz für die Arbeiter zu bringen, besonders in betreff der großen, zahlreichen Unglücksfälle, die sich im Vergbau ereignen. Auch dient diese Novelle nicht dazu, den nötigen Frieden zwischen Kapital und Arbeit zu bringen; auch ist für die Sicherheit des Bergmanns keine Gewähr gegeben.“

Die Post bemerkt hierzu: „Gerade den Frieden zwischen Kapital und Arbeit wollte Herr Delbrück durch das Gelegenheitsgesetz fördern. Jetzt muß der Minister nun erleben, daß sein Kleinkind zum Tode verurteilt wird, noch ehe es überhaupt das Licht der Welt erblickt hat. Kein guter Faden wird an der so gut gemeinten allerhöchsten Willensklugheit gelassen, und jählich wird durch Wort und Schrift von Organisationen erklärt: Seid ihr uns nicht zu Willen, gebrauchen wir Gewalt.“

Die Scharfmacher im Postlager sind erobert, daß die Arbeiter mehr verlangen als „gut gemeinte Willensklugheiten“.

Scharfmacher-Forderungen.
Der Zentralverband Deutscher Industrieller hat seine längst angekündigte Eingabe wegen der Reichsversicherungsordnung an den Bundesrat gelangen lassen. Die Errichtung der Versicherungsämter halten die Scharfmacher für schädlich. Einspruch wird dagegen erhoben, daß die Betriebsklassen gehemmt und beschränkt werden. Die bestehenden Mängel in der Organisation der Sozialgesetzgebung werden anerkannt, eine Abhilfe denken sich die Scharfmacher aber in folgender Weise:
Aufstellung der Verwaltungsbehörden, bei denen Mängel in der Bearbeitung der Versicherungsangelegenheiten vorliegen, mit geeigneten Kräften; Ausgestaltung der Schiedsgerichte, die unabhängig zu stellen sind und denen neben ihren bisherigen Funktionen auch die Entscheidung über Streitigkeiten in Krankenversicherungssachen und über Streitigkeiten der Versicherungsträger untereinander zu übertragen sind; Entlastung des Reichsversicherungsamtes, indem das Rechtsmittel des Rekurses in gewissen, nicht grundsätzliche Fragen betreffenden Fällen ausgeschlossen wird. Gleichzeitig sollte dem Reichsversicherungsamt die Entscheidung über Streitigkeiten in Krankenversicherungssachen und über Streitigkeiten der Versicherungsträger untereinander in letzter Instanz übertragen werden.

Der Rabbobprozeß.
Den Ablehnungsantrag gegen Siebold begründete die Verteidigung damit, daß Siebold der Erbauer der Kolonie sei und nicht im Ausgange dieses Prozesses ein erhebliches Interesse habe. Trotz dieser Einwendungen lehnte der Gerichtshof den Ablehnungsantrag ab. Generaldirektor Rebenköpfer hat nun erklärt, er sei gar nicht auf den Gedanken gekommen, bei Anlage der Kolonie einen persönlichen Sonderverdienst zu machen zu suchen. Er habe das Terrain für ganz besonders günstig gehalten.
Vergmanns Rechtsanwalt sagte aus, daß Trinkwasser sei schwarz wie Kaffee gewesen. Er und seine Kinder erkrankten nach dem Genuß des Trinkwassers. Trotz vielfacher Beschwerden wurde keine Abhilfe geschaffen. Die Wohnung war außerordentlich feucht, und blieb es trotz gründlicher Heizung und Lüftung. Gegen den Antragssteller Dr. Weber, der von der Gegenseite als Sachverständiger geladen ist, bestand allgemein die größte Mißstimmung unter der Belegschaft der Besse Rabbob.
Der Arbeiterführer Hiemann titulierte die Leute mit „Lungen nichts“, „erdämlischer Kerl“, „Faulpelz“. Dem Jungen Langer, der im ersten Prozeß belastende Aussagen machte, ist sofort nach dem Termin die Wohnung gelündigt worden. Im zweiten Winter war die Wohnung noch genau so feucht wie im ersten. Trotz der besten Verdampfung erkrankten in beiden Wintern mehr als 20 Rentner an Hartfieber. Die Weistelle wurde feucht, eine Matratze verkauft völlig; die Weiber im Schrank verschimmelten. Auf dem Boden unter dem Dach lag der Schnee 1/2 Meter hoch. In das Hofstet

regnete es hinein. Dem Jungen ist einmal im Bett der Schurz bartan der Bettdecke festgefroren. Seine acht Kinder erkrankten, eins starb. Auch die Frau erkrankte, die vorher ferngesund war. — Die Gebirge wurden stark gefügt. Der Wettersteiger Renning erklärte dem Jungen, als er ihn auf schlechte Ventilation aufmerksam machte, er würde ihm „ein Paar in die Presse hauen“. Zwei weitere Vergesetzene bekamen ähnliches.

Am dritten Verhandlungstage teilte der Vorsitzende mit, daß die vorgelegte Behörde des Jungen Ammann a. D. Stamm die Genehmigung der Ausgabe des Jungen verweigert hat. Jenes von der Besse geladene Steiger konnten nicht bestreiten, die Arbeiter beschimpft zu haben; sie wollten das aber in der Erregung getan haben. Mehrere Vergesetzte bestätigten, daß Beschimpfungen der Arbeiter durch die Beamten auf Rabbob an der Tagesordnung gewesen seien. Der Nachsteiger sei oft betrunken gewesen; auch Schläge habe man den Arbeitern angeboten. Verschiedene Vergesetzte bestätigten auch wieder, daß das Gebirge und der Besse Lohn — wie von der Arbeiter-Partei behauptet — gekürzt, obwohl die Arbeit beswerlicher geworden sei.

Ein Junge, der 28 Jahre Bergmann ist und auf vielen Gruben des Industriebezirks gearbeitet hat, erklärte, daß er nirgends eine solche Antriebskraft gefunden habe wie auf Rabbob. Man habe von den Vergarbeitern geradezu Unmenschliches gefordert. Die Betriebsaufnahme wandte sich dann wieder den Zuständen auf der Kolonie zu.

Philis Habereise.

Eulenburgs Habereise soll nach einer neueren Meldung gar nicht mit Erlaubnis der Staatsanwaltschaft unternommen worden sein, vielmehr wurde die Staatsanwaltschaft von der Reise erst benachrichtigt, als sie bereits angetreten war. Trotzdem ist nicht daran zu denken, daß es sich um eine Flucht handelt. Eulenburg wird wiederkommen, denn Se. Durchlaucht weiß sich nirgends so gut aufgehoben wie unter dem Schutze der deutschen Justiz. Eben deswegen haben wohl auch die Behörden keinen Versuch gemacht, die eigenwillige Entfernung des hohen Angehörigen zu verhindern.

Die Frommen als Feinde der Versammlungsfreiheit.
Die Kreisynode Berlin-Stadt II hielt am Mittwoch eine Sitzung ab, in der ein vom Pastor Günther (positiv) gestellter, vom Pastor Dr. Runge (liberal) bekämpfter Antrag angenommen wurde: an das Polizeipräsidium die Bitte zu richten, politische Versammlungen an den Sonntagen vormittags „im Interesse der Heiligung und Ruhe des Sonntags“ zu verbieten.

Das Vereinsgesetz, ergriffen für die frommen Herren offenbar nicht, und deshalb wenden sie sich vertrauensvoll an den Schutzmann, der ihnen die Berliner in die Kirche treiben soll. Den gleichen christlichen Geist atmet der nach langen Auseinandersetzungen angenommene Antrag des Pastors Wilke: „Die Kreisynode möge das R. Konfessionsrat ersuchen, unter den Berliner Kirchgemeinden einen Austausch der Namen der aus der Landeskirche Ausgetretenen in der Wege zu leisten, damit die Kirche in der Lage sei, den Fremden auf geeignete Weise zurecht zu helfen, und an den Wählern den Verlust kirchlicher Rechte nicht zu machen.“

Also thret die Seele der Fürsorglichen beunruhigt nach schwarzen Dämonen für „Fremde“ und Verlorene.

Lehrer als Reichsverbändler.

Aus reichsverbändlerischen Geheimnissen ist der Breslauer Volkswacht wieder einmal ein kennzeichnendes Dokument an den Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie angereicht, einen „Ausbildungsstudium“ für Volksschullehrer zu beantragen. Generaldirektor Dr. Reichenow schrieb am 14. Juli an den Regierungsrat Reindorf in Waldenburg, Direktor der fürstlich Pleßschen Gruben, und teilte ihm mit, daß die Lehrer Gaim und Burgardt in Dittersbach bereit seien, an dem Kursus teilzunehmen. Darauf schrieb Regierungsrat Reindorf als Vorsitzender des Vereins zur Förderung des Wohlens der arbeitenden Massen dem Schulinspektor Dr. Seehausen in Waldenburg:

„Ich halte die Teilnahme der Herren Volksschullehrer an dem Ausbildungskursus nicht für empfehlenswert. R. E. kann die Aufforderung der Arbeiter auf politischem Gebiete in wirksamer Weise nur durch Personen erfolgen, die einen höheren Bildungsgrad besitzen und auf einem anderen politischen Standpunkt als ein erheblicher Teil der Volksschullehrer stehen. Ich halte hierzu eher die Lehrer an den Mittelschulen und den höheren Lehranstalten für befähigt. Nach Mitteilung des Reichsverbandes beabsichtigen die Lehrer Gaim und Burgardt in Dittersbach an dem Ausbildungskursus teilzunehmen. Ich erlaube hierüber ein gest. Aeußerung.“

Das Schriftstück enthält außerdem noch folgende Randbemerkung aus Reindorfs Feder:

Die Vorstandssitzung des Schließlichen Landesausschusses hat beschlossen, die Erziehung von Lehrern nicht zu fördern. Der Kreisinspektor war anderer Meinung. Er hielt die ihm unterstellten Lehrer nicht für zu dumm, die Sozialisteneinwirkung noch zu erkennen, und so schrieb er zurück:
Ihren Urteile über die Volksschullehrer kann ich nicht beitreten. Gegen die Herren Lehrer Gaim und Burgardt in Dittersbach habe ich für den vorliegenden Fall nichts zu erinnern. Gaim hat sich bereits an die Regierung gewandt mit der Bitte, am Kursus teilnehmen zu dürfen.

Daß die Regierung den beiden Lieberbachschen Lehrern gestatten wird, an dem Kursus teilzunehmen, unterliegt wohl kaum einem Zweifel. Trotz der beleidigenden Einschätzung ihres Bildungsgrades durch den Regierungsrat werden sich die beiden Volksschullehrer zu braven Reichsverbändlern entwickeln. Zur Erkennung der zur Kenntnis bekannten Reichsverbandsmethoden ist besondere Intelligenz nicht notwendig.

Die Steuerhosen.

In einer Händlerversammlung im oberpfälzischen Dorf Furazied besaßte sich unlängst der als Referent aufgetretene Abg. Weinböck unter anderem auch mit der den bayerischen Landtag gegenwärtig beschäftigenden Steuervorlage der bayerischen Regierung. Dabei entwarf dem händlerischen Agitator das bezeichnende Eingehändnis, wenn die Vorlage Gesetz werde, wenn also jedes Jahr Steuerabschätzungen erfolgen, „dann muß uns die Regierung das ersehnte schon Generalpardon geben, denn wir dürfen wohl so ehrlich sein und eingestehen, daß es mancher von uns bisher damit nicht so genau genommen hat“. Die Versammlung begleitete dieses Gehändnis zur gewohnheitsmäßigen Steuerhinterziehung mit verständnisvollem Gelächter.

Medienburgisches Schultens.

Das Bildungsbeil der medienburgischen Ritter, nicht für sich selbst oder für ihre Kinder, sondern für die Kinder ihrer „Untertanen“, der Gutbesessenen, ist noch heute der „von den Ständen bisher eingemommene Standpunkt, daß das gegebene bestimmte Maß für eine ländliche Volksschule darin besteht, den Schülern das richtige Verhältnis für das göttliche Wort zu eröffnen und dieselben weiter mit Kenntnissen im Lesen, Schreiben und Rechnen auszurüsten, daß sie — der Schule entwachsen — in ihren bisherigen Lebensverhältnissen ihre sichere Existenz finden.“ Daneben ist zuzugeden, daß infolge der erzieherischen Aufgabe, welche der Schule in erster Linie zufällt, der Landesschullehrer sich die Bedienung und Pflege väterländischer Gesinnung anlegen sein läßt und

demgemäß in beschränktem Maße auch Kenntnisse vom engeren und weiteren Vaterlande und von den Verhältnisse desselben zu vermitteln hat.“ Bei diesem Bildungsstand ist es weiter kein Wunder, daß die Ritter nichts für Lehramtsstellen ihre Schulen übrig haben. Vor einigen Jahren — und es ist seitdem Mandat, 184 nur eine Wandtafel und einige, zum Teil schlechte Karten und 12 Schulen nicht.

Die medienburgischen Ochsenkopf-Beisten und -Beisten wissen ganz genau, daß nur solche Kulturverbesserungen die jäherntelose Ausbeutung der Landproletarier ermöglichen. Sie lassen die Schulen geschlossen, um nicht in ihren schmachvollen Ausbeutungsgeheimnissen

In der Plenarsitzung des Bundesrats am Mittwoch wurde außer dem Gesetzentwurf gegen den unlauteren Wettbewerb auch die Vorlage über die Ausführungsbestimmungen zu den Währungsangelegenheiten. Mit der Überweisung des Freundeschafts-, Handels- und Schiffsahrtvertrages zwischen dem Deutschen Reich und dem Freistaate Venezuela und des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrages zum Reichshaushalts-Etat für das Rechnungsjahr 1909 an den Reichshaushalts-Ausschüsse erklärte die Versammlung sich einverstanden.

Spaltung der Nationalpolen. Es ist kein Geheimnis, daß in den polnischen Fraktionen der Parlamente, wie in den polnischen Organisationen der national-polnischen Bewegung die konfessionsmässigen und die demokratischen Elemente häufig in bitterem Kampfe miteinander geraten. Die Bestrebungen, dem demokratischen Teil Tagen zu der bereits gemeldeten Gründung einer polnischen demokratischen Partei geführt. Der Sitz der neuen Organisation ist Posen. Im Hauptvorstand sitzen Vertreter aus der Provinz Posen, Schlesien, West- und Ostpreußen, sowie Vertreter von Emigranten. Von bekannteren Polen gehören diesem Hauptvorstand an die Reichstagsabgeordneten v. Czajkowski, Senda, Graf W. W. W. W. W., Dr. Krcinski, Kulicki und Korfanty.

Im Landesvertragsrat Schwung und Wessens wurde am Donnerstag dem Reichsgericht das Urteil gesprochen. Das Reichsgericht verurteilte den Hauptangeklagten Schwung zu 4 Jahren Zuchthaus, den Angeklagten Wessens zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und seine Frau zu 8 Monaten Gefängnis und seine Frau zu 3 Monaten Gefängnis.

Angst vor dem „Amsturz“. Das Ministerium in Ostka wird die Berufung des zum Bürgermeister gewählten Sozialisten Schreber gegen die bezweigte Befähigung dieser Wahl zurück

Wenig politische Nachrichten. Man erwartet in Duboss die Wiedererneuerung des Kabinetts Bielecki im Laufe der künftigen Woche mit einigen Personenänderungen, doch werden Andrafski, Appony und Kofuski im Kabinet. Aber auch dieses neuernannte Kabinet wird vorläufig nur provisorischen Charakter behalten. — In Brüssel trat wegen der Konkurrenz der Kolumbianer ein Teil der Pferdebesitzer zusammen in den Kustland, um die mehrfachen Verhandlungen zusammenzuführen zwischen Russen und Chausseuren ein Einverständnis zwischen die mehrfach Verhandlungen vornehmen. — In der Kabinets der marokkanischen Gesandtschaft beim Präsidenten Gallieres hielt der marokkanische Gesandte eine Ansprache, in der er ausführte, Ruhez Hoffen sei entschlossen, alle Bestimmungen der Abte von Algerien zur Ausführung zu bringen. Kabinetts beschwerte, keiner Macht sei mehr an der Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit des schiefischen Kaiserreichs gelegen als Frankreich. — Aus Havana wird gemeldet, daß die Geheimpolizei ein Verbot gegen die Regierung erwidert hat, an deren Spitze General Maso Barra steht. Die Verhandlungen stehen in Verbindung mit den Revolutionären in Venezuela, und gleichzeitig mit dem Ausbruch der Revolution auf Kuba sollte eine Expedition zur Unterstützung der venezolanischen Regierung nach der venezolanischen Küste abgehen. — Telegramm aus Panama zufolge hat die Regierung sechs Kolumbianer ausgewiesen, die an einem Komplott zum Umsturz der Regierung des Präsidenten Reyes von Kolumbia beteiligt sind.

Ausland.

Frankreich.

Das Examenstatut.
pc. Paris, 26. Mai. Gestern hat die Regierung endlich das Projekt zu dem Examenstatut in der Kammer eingebracht. Der Ministerpräsident Clemenceau und der Justizminister Roland Deligne sind dem deminoristisch für das Projekt. Es stimmt in seinen großen Zügen völlig mit dem überein, was wir bereits darüber berichteten. Es bleibt den Organisationen der Staatsbeamten freilich Bereinigung oder Ergänzung zu nennen, das Gesetz von 1884 gilt nicht für sie, Streitrecht und Anschlag an die G. E. werden ihnen nicht erlaubt. Das im März dieses Jahres aus Anlaß des ersten Volkstreffens erlassene Dekret, das dem Minister das Recht gab, in Zeiten des Streiks alle Garantien aufzuheben und Parteipropaganda ohne Disziplinäre Verhandlung auszusprechen, soll von der Kammer zum rechtsmäßigen Gesetz erhoben werden.

Im Main wirdi Demozial, der Präsident der von den Beamten gebildeten Studienkommission, der Regierung vor, daß sie die Beamten selbst gar nicht zu Rate gezogen habe. Von der Erlaubnis, daß die Organisationen sich Vereinigungen oder Einigkeit nennen dürfen, befürchtet er eine Spaltung in „brave Examensungen“ und „böse Kandidaten“. Zum Schluß spricht er sich aber für die Annahme des Regierungsvorprojekts aus.

Der Kaufmann der eingekerkerten Seele.
Paris, 27. Mai. Der Marineminister und der Minister der öffentlichen Arbeiten und des Postwesens hatten heute eine Aussprache über die durch den Kaufmann der eingekerkerten Seeleute hervorgerufenen Schwierigkeiten. Minister Barthou wies die Frage zurück, welche Domb bego. Entwurf zur Verbesserung der nach China, Japan, Australien und Amerika bestimmten Post benutzt werden sollen. Für Algerien müßte eine längere Frachtwagen des Kaufmanns großen Schaden bedeuten, da beträchtliche Mengen von Erfindungsgegenständen und Früchten, die der Verbesserung nach Frankreich kamen, dem Verderben preisgegeben wären.

Die Reform der Kriegsgerichte.
Paris, 27. Mai. Die Deputiertenkammer verhandelte heute über die Reform der Kriegsgerichte. Sie bewies die Zufriedenheit, die sie verlangt, daß eine Verurteilung nur bei einem Stimmenverhältnis von 5 zu 3 ausgesprochen werden könne, an die Kommission zurück.
Im Laufe der Verhandlung sprach Labori der Regierung vor, daß sie Kapitalisiere, zwischen ihm und dem Unterstaatssekretär des Kriegs, Cheron, fand ein bestiger Wortwechsel statt. Nach Schluß der Sitzung schied sich Cheron und Labori ihre Beugen. Sie kamen dahin überein, daß sie in der Kammer gehaltenen Verhandlungen keine Beleidigungen in sich schließen, womit der Zwischenfall beigelegt ist.

England.

Aus dem Unterhause.
London, 27. Mai. Grey erklärte, zur Zeit gäbe es keine europäische Frage, die zu einer Erklärung zwischen Großbritannien und einer anderen Macht Anlaß geben könne, und er sei behaupt, dass es auch nicht vorhanden sei, was zu einer europäischen Erklärung Anlaß werden könnte.
Was die Krestafage anlangt, so hätten die vier beteiligten Mächte ihre Ende Juli v. J. getroffenen Entscheidung, die Gruppen zu